

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Berlin am 3.6.2026 möge beschließen:

Berlin hat eine Wohnungsnotlage: Für umfassende Regulierung des Wohnungswesens

Berlin ist eine Mieterstadt. Die Miet- und Wohn-Probleme lassen sich nicht *allein* durch Neubau, der ja auch nicht richtig vorankommt, lösen. Vielmehr muss der Staat regulierend eingreifen, weil Wohnen ein Grundrecht ist. Im Rahmen einer Preisregulierung – wie z. B. einem Bundesweiten Mietendeckel - könnte dem Mietenwucher Grenzen gesetzt werden. Außerdem müsste gegen die Bodenspekulation wirksamer vorgegangen werden.

Inzwischen hat Berlin eine Wohnungs**notlage**, d. h. es ist viel schlimmer, als nur ein „angespannter Wohnungsmarkt“, wo „ausreichende Versorgung (lediglich) gefährdet ist“. Notlage rechtfertigt „reagierende und direkte Eingriffslogik“, um „bereits bestehende Defizite einer angemessenen Versorgung“ zu beheben.

Vermietungen als möblierte Wohnungen oder überbeuerte WG-Zimmer, Indexmieten, Zweckentfremdung von Wohnungen (Ferienwohnungen) u. ä. treiben die Mietsteigerungen noch weiter an und machen die Mietpreisbremse noch unwirksamer.

Mietwucher und Wohnungsknappheit hat für viele Berliner schwerwiegende Auswirkungen. *Dem* Einhalt zu gebieten, geht nur mit wirksamen Aktionen einer aktiven Mieterbewegung. Deshalb ist die Unterstützung des Mieterprotestes eine wichtige Aufgabe *auch* für die IG Metall. Was nützen alle erkämpften Lohnerhöhungen, wenn sie durch überhöhte Mieten den Beschäftigten (und mittelbar den Rentnern) nicht vollumfänglich zugute kommen.

Wir fordern die IG Metall auf, sich für eine umfassende Regulierung des Wohnungswesens bei Senat und Bundesregierung einzusetzen. Dazu gehört eine Sozialwohnungsquote für große private Vermieter, die Umsetzung des Volksentscheids DWE, ein Mieten- und Wohnungskataster für Transparenz und Kontrolle auf dem Wohnungsmarkt, damit auch private Unternehmen ihren Beitrag zu einem bezahlbaren Berlin leisten.

Deshalb ruft die IG Metall Berlin unsere Kolleginnen und Kollegen auf, sich an der Demonstration gegen Mietenwahnsinn, Verdrängung und Wohnungsnot
am

Samstag, 5. September ab 13 Uhr vor dem Roten Rathaus zu beteiligen.